



Newsletter

vom 17.03.2019

Politik aktuell - Reform Strafprozessordnung

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Bundesjustizministerin Barley plant einen Gesetzesentwurf, welche die Befugnisse der Polizei massiv aufstockt. Geplant ist laut Medien eine Reform der Strafprozessordnung, welche vorsieht, dass künftig nicht nur Daten von Tätern bzw. Verdächtigen gespeichert und verarbeitet werden dürfen, sondern auch die von Opfern und Zeugen. Wir als JED fordern ein klares Überarbeiten des Gesetzesentwurfs, da er massive Einschnitte in die Persönlichkeitsrechte von Bürgern darstellen würde, da Daten von Personen nun im allgemeinen Informationssystem der Polizei auftauchen würden; unabhängig von einer Beteiligung der Beamten am laufenden Verfahren. Sollte der Gesetzesentwurf in dieser Form verabschiedet werden, wird er die Tür zu einer unkontrollierten Verarbeitung von Personendaten von Opfern und Zeugen aufstoßen, was zur Folge haben wird, dass Bürger keinerlei Handhabe über ihre Daten haben und eine spätere mögliche missbräuchliche und gesetzwidrige Nutzung nicht ausgeschlossen werden kann. Wir fordern, dass der Datenschutz der Bürger oberste Priorität hat und die Regierung keine Schritte in Richtung einer totalen Überwachung unternimmt und jeder Bürger zu 100 Prozent über die Nutzung seiner Daten bestimmen kann! Es kann nicht sein, dass entsprechende Daten erhoben werden und etwa für den gesamten Polizeiapparat zugänglich gemacht werden; vom Auszubildenden bis hin zum Polizeipräsidenten!

Politik aktuell - Gewalteskalation in Paris

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Erneut ist es in Frankreich zu gewalttätigen Protesten durch sogenannten Gelb-Westen gekommen. Präsident Macron hat seinen Urlaub abgebrochen und ist nach Paris gereist um vor Ort zu sein. Wir verurteilen jegliche Form von gewaltigen Protesten! Es ist eine Sache mit der Regierung unzufrieden zu sein und seinem Ärger Luft zu machen. Gebäude, Fahrzeuge und fremdes Eigentum zu attackieren und zu zerstören etwas anderes. Auf einschlägigen Videoplattformen wie Youtube sind außerdem Szenen zu sehen wie andere Menschen beleidigt und bedroht werden. Politische Statements bzw. Unmut dürfen gerne öffentlich dargestellt werden; aber im Rahmen von Gesetzen und im Rahmen eines Rechtsstaates. Anhand von Bewegungen wie etwa Fridays for Future, mit der auch die JED sich identifiziert, zeigen, dass vielen Menschen etwas bewegen können und auf sich Aufmerksam machen können. Aber ohne Gewalt! Wir fordern die französische Regierung auf mit aller Entschiedenheit gegen diese Form der Gewalt vorzugehen und sich an einem politischen gewaltfreien Dialog zu beteiligen, der die Sorgen der Bürger ernst nimmt und versucht eine Einigung zu erzielen, mit dem alle Beteiligten zufrieden sind.

Politik aktuell - Massaker in Neuseeland

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

An dieser Stelle möchten wir als JED zunächst den Angehörigen der Opfer des Anschlags in Neuseeland unser Mitgefühl zum Ausdruck bringen. Der Anschlag hat sich gegen friedliche Menschen gerichtet, die in einer Moschee ihrer Religion nachgegangen sind. Die nun aufkommende Debatte zur Verschärfung des Waffenrechts in Neuseeland unterstützen wir! Niemand sollte in der Lage sein mit 16 Jahren legal eine Waffe besitzen zu dürfen. Das Besitzen und Tragen von Waffen darf nur für entsprechende Personen wie etwa Militär oder Polizei erlaubt sein. Schusswaffen haben in den Händen von normalen Bürgern nichts zu suchen und die Handhabung kann nicht sichergestellt werden. Man muss sich anhand solcher Taten wie in Christchurch oder den USA aber auch Deutschland fragen, was noch passieren muss, damit Waffen dieser Art nicht in die Hände von Personen fallen, die dann aus welchen Gründen auch immer, auf Menschenjagd gehen!